

# Ehrung für NS-Dichterin bleibt bestehen

## Stadtrat spricht sich nach hochemotionaler Debatte gegen Umbenennung der Ina-Seidel-Straße aus

(ku) Nach einer hochgradig emotionalen Debatte sprach sich der Stadtrat am Freitag mit 25:18 Stimmen gegen eine Umbenennung der Ina-Seidel-Straße aus und folgte damit dem Vorschlag der Verwaltung. Beantragt hatte die Namensänderung die Ausschussgemeinschaft SPD/Linke, Mut. Das Thema war durch einen Nachprüfungsantrag im Plenum gelandet, nachdem bereits der Kulturssenat mit 6:5 Stimmen gegen eine Umbenennung gestimmt hatte.

Vor der Debatte machte Stadtratschivar Gerhard Bausche nochmals die Haltung der Verwaltung deutlich: Zwar habe Ina Seidel – die es dank Führerkult und Kriegsverherrlichung 1944 auf Hitlers „Gottbegnadetenliste“ schaffte – im „Dritten Reich“ Schuld auf sich geladen. Allerdings habe sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg glaubhaft vom Nazi-Regime distanziert und ihre damalige Rolle auch kritisch reflektiert. Dies sei der aktuelle Stand der Geschichtsforschung. Zudem würde eine Namensänderung die Anwohner der Straße unverhältnismäßig stark belasten. In der Stadt Mainz habe man sich daher vor Kurzem auch gegen eine Umbenennung entschieden.

**Haslinger zu Keyßner: „Dann ziehen Sie halt weg!“**

Oberbürgermeister Alexander Putz (parteilos) wies außerdem darauf hin, dass es zwar einen Brief eines Anwohners gebe, der um eine Namensänderung gebeten habe. Genauso habe man im Rathaus aber auch eine Liste von Anwohnern ent-

gegengenommen, auf der fast alle Anwohner unterschrieben hätten und für eine Beibehaltung des Straßennamens plädierten. Patricia Steinberger (SPD) machte in Folge im Namen ihrer Ausschussgemeinschaft nochmals das Anliegen des Antrags deutlich: „Hier wird eine Person mit einem Straßennamen geehrt, die dies zu 100 Prozent nicht verdient hat.“ Thomas Keyßner (Grüne) verwies darauf, dass man Seidels Distanzierung vom Regime auch vor dem Hintergrund sehen müsse, dass Sei-

del bis 1945 eine Nazi-Schriftstellerin gewesen sei. Er fände es „unerträglich“, so Keyßner, in einer Stadt Verantwortung zu tragen, in der Nazi-Größen mit Straßennamen verewigt bleiben. „Dann ziehen Sie halt weg!“, rief ihm daraufhin zweiter Bürgermeister Thomas Haslinger (CSU/LM/JL/BfL) zu. Womit die Stimmung im Plenum ihren Siedepunkt erreicht hatte.

Grünen-Fraktionschef Stefan Gruber forderte OB Putz auf, Haslinger für seine Äußerung eine Rüge zu erteilen. Putz wies dieses Ansin-

nen umgehend zurück. Stattdessen bat er mit Blick auf Keyßner, die Kirche im Dorf zu lassen: Ina Seidel sei mit Sicherheit keine „Nazi-Größe“ gewesen.

Zur von Putz genannten Unterschriftenliste der Anwohner merkte Falk Bräcklein (Mut) an, dass er deren Anliegen nicht kleinreden wolle. Allerdings gehe es bei einer Straßenumbenennung um mehr: „Erinnerungskultur ist eine Sache der gesamten Stadtgesellschaft.“

Stefan Müller-Kroehling (ÖDP) verwies darauf, dass Seidel sich

selbst nach der Reichspogromnacht – „als endgültig klar war, was Mitbürgern in dieser furchtbaren Zeit geschah“ – am Führerkult beteiligt hat. „Ich appelliere an alle Anwesenden, hier jenseits aller Grabenkämpfe zu entscheiden.“

**Götzer: Umbenennung „ideologisch“ motiviert**

Einen gänzlich anderen Zungenschlag brachte in Folge Maximilian Götzer (CSU/LM/JL/BfL) in die Debatte ein: Dank des Engagements von „links und ganz links“ habe Ina Seidel so viel Aufmerksamkeit erhalten wie noch nie.

Die Unterschriftenliste der Anwohner wertete Götzer als starkes, demokratisches Zeichen. Jenen, die eine Umbenennung der Straße wünschten, warf er hingegen eine „vermeintliche moralische Überlegenheit ihres ideologischen Selbstverständnisses“ vor.

Um eine differenzierte Debatte bat in Folge Thomas Haslinger. Ja, er könne verstehen, wenn jemand eine Umbenennung fordere. Allerdings sei Ina Seidel auch ein Kind ihrer Zeit gewesen. „Geschichte muss man auch aushalten können.“

Ob es für eine Ehrung mit einem Straßennamen in Landshut schon reiche, sich von einem verbrecherischen System zu distanzieren, das man lange genug unterstützt habe, wollte am Ende Anja König (SPD) wissen.

Ein Kompromissvorschlag von Stefan Müller-Kroehling ein Hinweisschild zur historischen Einordnung Ina Seidels an das Straßenschild anzubringen, wurde mit 24:19 Stimmen abgelehnt.

### KOMMENTAR

## Empfangsetikette

Das sich das Plenum am Freitag nicht für eine Umbenennung der Ina-Seidel-Straße aussprach, war keine Überraschung. Es hätte schlicht und einfach nicht zur Linie gepasst, die OB Putz und seine Stadtratsmehrheit um CSU, Freie Wähler und AfD bisher gefahren haben. Denkwürdig war in diesem Zusammenhang ein Ereignis, das sich zwei Tage vor dem Plenum zugetragen hatte.

Am Mittwoch war eine Anwohnerabordnung der Ina-Seidel-Straße im Rathaus vorstellig geworden. In Anwesenheit von Oberbürgermeister Alexander Putz, zweitem Bürgermeister Thomas Haslinger und dritter Bürgermeisterin Jutta Widmann wurde sodann bei einem eigenen Presseter-

min hoch offiziell eine Liste mit 80 Unterschriften übergeben, um der Forderung Nachdruck zu verleihen, die Straße nicht umzubenennen. Die Botschaft: Mag Ina Seidel auch eine NS-Dichterin gewesen sein, die im Rahmen ihrer Möglichkeiten bestmöglich ein System unterstützt hat, das Verbrechen wie den Holocaust, den Zweiten Weltkrieg und bestialische Experimente an Kindern zu verantworten hatte – lasst uns bitte damit in Ruhe, es interessiert uns nicht.

Nun ist es das gute Recht der Anwohner, so zu handeln. Dadurch, dass die Stadtspitze diesem Handeln wiederum eine derart herausgehobene Aufmerksamkeit schenkt, adelt sie es als hehres Anliegen.

Dies lässt zweierlei Schlüsse zu:

Entweder nimmt die Bürgermeisterei sehenden Auges eine Verharmlosung der Propaganda des „Dritten Reiches“ in Kauf, um Bürgernähe zu suggerieren – womit wir es in Landshut mit einem kaum für möglich gehaltenen Ausmaß an anbieterdem Populismus zu tun hätten.

Oder die Aktion soll ein Signal an alle Bürger mit all ihren Anliegen sein: Kommt zu uns, wir drei nehmen uns Zeit für euch und werden, wie es der OB am Mittwoch so schön sagte, all eure Sichtweisen und Befindlichkeiten „in die Entscheidungsfindung einfließen“ lassen.

Die Latte für maximal besetzte Unterschriftenlistenempfangskomitees liegt seit Mittwoch jedenfalls denkbar tief. Uli Karg